

# Stenographisches Protokoll.

## 30. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

**Tagesordnung:** Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Vorlage der Staatsregierung (295 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Umwandlung der Exportakademie in Wien zu einer Hochschule für Welthandel (400 der Beilagen).

### Inhalt.

#### Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 805).

Urlaubserteilungen (Seite 805).

Zurückziehung des seitens des Bezirksgerichtes Josefstadt in Wien am 12. Juli d. J. wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre gegen den Abgeordneten Austerlitz gestellten Auslieferungsbegehrens (Seite 805).

Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Josefstadt in Wien gegen den Abgeordneten Mühlberger wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre (Seite 805 — Zuweisung an den Verfassungsausschuß [Seite 805]).

#### Aufschriften der Staatsregierung,

1. des Staatssekretärs für Finanzen, betreffend die auf Grund des Gesetzes vom 4. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 344, übernommenen Staatsgarantien (405 der Beilagen [Seite 805] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 807]);

2. betreffend den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Steuerbegünstigung für Alkohol zur Herstellung von Heilmitteln (396 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 807]);

3. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Sachabrüstungsenteignung (397 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten [Seite 807]);

4. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend Gebührenbegünstigungen aus Anlaß der Aufhebung und Ablösung der Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden (398 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 807]);

5. betreffend den Gesetzentwurf über die Parteienvertretung durch Frauen (399 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Justizauschuß [Seite 807]);

6. betreffend den Gesetzentwurf über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge (401 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Ausschuß für soziale Verwaltung [Seite 808]);

7. betreffend den Entwurf eines Pressegesetzes (402 der Beilagen und zu 402 der Beilagen) und den Entwurf eines Journalistengesetzes (403 der Beilagen [Seite 806] — Antrag des Abgeordneten Forstner auf Vornahme einer ersten Lesung — Annahme des Antrages [Seite 808]);
8. betreffend den Gesetzentwurf über den achtstündigen Arbeitstag (404 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Ausschuß für soziale Verwaltung [Seite 808]);
9. betreffend den Gesetzentwurf, womit die Staatsregierung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitz ermächtigt wird (406 der Beilagen [Seite 806] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 807]);
10. betreffend den Staatsvertrag von Saint-Germain mit den alliierten und assoziierten Mächten samt drei Annexen (379 der Beilagen [Seite 807]);
11. betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung der deutschösterreichischen Staatserziehungsanstalten (407 der Beilagen [Seite 807] — Zuweisung an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht [Seite 808]);
12. betreffend den Gesetzentwurf, womit das Gesetz vom 3. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 345, über die Regelung des Verkehrs mit Getreide- und Mahlprodukten, abgeändert wird (408 der Beilagen [Seite 807] — Zuweisung an den Ernährungsausschuß [Seite 808]);
13. betreffend den Gesetzentwurf über die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des mit dem niederösterreichischen Landesgesetz vom 16. Juli 1919, L. G. Bl. Nr. 280, bewilligten Anlehens auszugebenden Schatzscheine zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (409 der Beilagen [Seite 807] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 807]);
14. betreffend den Gesetzentwurf über die Staatsform (410 der Beilagen [Seite 807] — Zuweisung an den Verfassungsausschuß [Seite 808]).

### Landeshauptmann von Deutschböhmen.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend das von dem gewesenen Landeshauptmann von Deutschböhmen eingelaufene Dankschreiben für die der Landesregierung gewährte Gastfreundschaft (Seite 805).

### Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die vom Staatskanzler in Angelegenheit einer beschleunigten Heimbeförderung der Kriegsgefangenen an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichtete Note (Seite 805).

Ansprache des Präsidenten in dieser Angelegenheit (Seite 805).

### Friedensvertrag von Saint-Germain.

Zuschrift der Staatsregierung (379 der Beilagen [Seite 807]).

Antrag des Hauptausschusses auf Wahl eines 21gliedrigen Ausschusses zur Beratung des Friedensvertrages — Annahme des Antrages ([Seite 808] — Wahl des Ausschusses [Seite 809] — Zuweisung der Vorlagen an diesen Ausschuß [Seite 808]).

### Tagesordnung.

Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Vorlage der Staatsregierung (295 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Umwandlung der Exportakademie in Wien zu einer Hochschule für Welt-handel (400 der Beilagen) — Zurückverweisung dieses Gegenstandes mit Zustimmung des Hauptausschusses an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 808).

### Ausschüsse.

Wahl des Ausschusses zur Beratung des Friedensvertrages (Seite 809).

Erfahrungswahlen:

1. des Abgeordneten Fischer als Mitglied in den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 809);
2. des Abgeordneten Dr. Alfred Gürtler in den Verfassungsausschuß (Seite 809).

Zuweisungen:

1. 391 und 394 der Beilagen an den Ernährungsausschuß (Seite 808);
2. 385, 386, 388, 390, 392 und 393 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 808 und 809);

3. 387 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 809);
4. 389 der Beilagen an den Hauptausschuß (Seite 809);

5. 384 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 809);
6. 395 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 809).

## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. der Abgeordneten Scheibin, Jdl und Genossen, auf Abschaffung der Pönfalls- und Seelenrechtsgebühren (411 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Weigl, Diwald, Eichenhut und Genossen, betreffend den Notstand in den Weinbauglegenden Niederösterreichs (412 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Steinegger, Dr. Schneider, Dr. Nigler, Fischer und Genossen wegen sofortiger, gesicherter Auszahlung aller rückständigen Geldforderungen und Zuwendungen an Invalide, Witwen und Waisen und die anderen Anspruchsberechtigten durch die Invalidenentschädigungskommissionen gegen Refundierung (413 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Schönsteiner, Steinegger und Genossen, betreffend die Regelung der Dienstes- und Bezugsverhältnisse der Postgehilfen (414 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Schönsteiner und Genossen, betreffend die Umreihung der Polizeibeamten und -beamtinnen von der Gruppe E in die Gruppe D (415 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Schacherl und Genossen an den Staatssekretär für soziale Verwaltung betreffs

des Standes der Durchführung des Gesetzes über die Errichtung von Volkspflegestätten (Schlüsselgesetz) (Anhang I, 153/I);

2. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Straßner und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die gewalttätige Entfernung nicht-sozialdemokratischer Bediensteter aus den Staatsbahnbetrieben (Anhang I, 154/I);
3. der Abgeordneten Dr. Straßner, Dr. Wutte und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die Übergriffe der „Technischen Union“ gegen Arbeiter, die nicht in der „Technischen Union“ organisiert sind (Anhang I, 155/I);
4. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen an den Staatskanzler Dr. Renner, betreffend die Sanierung der Wohnungsnot in Wien (Anhang I, 156/I);
5. der Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen an die Staatsregierung, betreffend die Entsendung einer Studienkommission nach Deutschland (Anhang I, 157/I);
6. der Abgeordneten Föbbermayr, Paulitsch und Genossen an den Staatssekretär für Heerwesen, betreffend die Auszahlung der Abfertigung an die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Militärpersonen (Anhang I, 158/I).

Zur Verteilung gelangen am 15. Oktober 1919:

die Regierungsvorlagen 379 I. und II. Band, 396, 397, 398, 399, 401, 402, zu 402, Beilage 1, zu 402, Beilage 2, 403, 404, 405, 406, 407, 408 und 409 der Beilagen;

Nachtrag zum Finanzgesetz vom 1. Jänner bis 30. Juni 1919;

Voranschlag pro 1919/20;

Bericht des Hauptausschusses, 383 der Beilagen;

die Anträge 384 bis 395 der Beilagen.



## Beginn der Sitzung: 12 Uhr 25 Minuten mittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausler**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: Dr. **Gimpl**, **Korstner**.

Staatskanzler: Dr. **Renner**.

Staatssekretäre: Dr. **Bratusch** für Justiz, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Hanusch** für soziale Verwaltung, **Paul** für Verkehrswesen.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** für Unterricht, **Wilkas** für Kultus, Dr. **Ellenbogen** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Waiss** für Heerwesen, **Pflügl** für Aukeres, **Resch** für soziale Verwaltung, Dr. **Tandler** für Volksgesundheit.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 6. September ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Die Abgeordnete Frau Dr. Burjan hat sich krank gemeldet.

Der Abgeordnete Jdl hat sich wegen wichtiger Abhaltung entschuldigt.

Den Herren Abgeordneten Domes und Wiedenhofer habe ich je einen 14tägigen Urlaub erteilt.

Das vom Bezirksgerichte Josefstadt in Wien wider den Herrn Abgeordneten Friedrich Musterlik wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre am 12. Juli d. J. gestellte Auslieferungsbeghehren wurde zurückgezogen. Der Verfassungsausschuß wird sich daher mit dieser Angelegenheit nicht mehr zu befassen haben.

Das Bezirksgericht Josefstadt in Wien hat um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abgeordneten Karl Mühlberger wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre ersucht. Diese Zuschrift weise ich dem Verfassungsausschuße zu.

Der gewesene Landeshauptmann von Deutschböhmen hat in einem an mich gerichteten

Schreiben den Dank für die der Landesregierung gewährte Gastfreundschaft ausgesprochen und das Ersuchen gestellt, diesen Dank dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen. Ich befolge diesen Wunsch.

Laut einer Mitteilung des Herrn Staatskanzlers wurde in der Angelegenheit der beschleunigten Heimbeförderung der Kriegsgefangenen am 15. v. M. eine Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichtet und ihm der Wortlaut der von der Nationalversammlung in der Sitzung vom 6. September gefassten Entschliessung in französischer Übersetzung mit der Bitte übermittelt, diese Resolution in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Wir alle — ich glaube hier im Namen aller Abgeordneten zu sprechen — empfinden bitter mit das Los der Angehörigen der unglücklichen Kriegsgefangenen. Unzählige Kundgebungen von Versammlungen befaßten sich mit diesem Gegenstande. Das Haus, die einzelnen Abgeordneten, die Regierung werden unausgesetzt von den Angehörigen der Kriegsgefangenen bedrängt, doch weitere Schritte zu unternehmen, um sie aus der Kriegsgefangenschaft zu erretten. So begreiflich die Erregung der Angehörigen ist, so begreiflich es ist, daß sie mit allen Mitteln versuchen, ihre Lieben wieder in der Heimat zu sehen, müssen wir doch feststellen, daß unsere Regierung alles aufgeboten hat und alles anbietet, was ein so schwacher Staat tun kann, um diese Frage endlich einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Ich möchte also von dieser Stelle aus noch einmal an die Angehörigen die Versicherung richten, daß alles geschieht, was wir tun können, und wenn der Heimtransport der Kriegsgefangenen immer wieder verzögert wird, so ist es weder die Schuld der Regierung noch die des Hauses, sondern eine Folge der traurigen Ohnmacht, in der wir uns gegenüber den Siegern befinden. Hoffen wir, daß unsere Bitten doch endlich Gehör finden und daß wir unsere Staatsangehörigen wieder in der Heimat begrüßen können.

Es ist eine Zuschrift des Staatssekretärs für Finanzen eingelangt, mit welcher über die auf Grund des Gesetzes vom 4. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 344, übernommenen Staatsgarantien (405 der Beilagen) berichtet wird.

Diese Zuschrift wurde samt ihren Beilagen in Druck gelegt und verteilt. Ich weise diese Vor-

lage hiermit dem Finanz- und Budgetausschusse zu.

Es sind ferner Zuschriften eingelangt, mit welchen die Einbringung von Vorlagen der Staatsregierung angekündigt wird.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Korffner** (liest):

„Auf Grund des Beschlusses des Kabinettsrates vom 22. August 1919 beehre ich mich, den beige-schlossenen Entwurf des Gesetzes über die Aufhebung der Steuerbegünstigung für Alkohol zur Herstellung von Heilmitteln (396 der Beilagen) behufs Einholung der verfassungsgemäßen Genehmigung vorzulegen.“

Wien, 23. August 1919.

Der Staatssekretär:  
Schumpeter.“

„Auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 5. August 1919 beehrt sich das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, ange-schlossen den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sachabrüstungsenteignung (397 der Beilagen), in 50facher Ausfertigung mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung hinsichtlich Erledigung des Gesetzentwurfes in der Nationalversammlung zu übermitteln.“

Wien, 13. September 1919.

Für den Staatssekretär:  
Dr. Hillinger.“

„Auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 10. Juni 1919 beehre ich mich, in der Anlage ein Exemplar des Gesetzentwurfes, betreffend Gebührenbegünstigungen aus Anlaß der Aufhebung und Ablösung der Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden (398 der Beilagen), mit der Bitte zu übersenden, den Entwurf als Vorlage der Staatsregierung in der National-versammlung der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen.“

Wien, 13. September 1919.

Der Staatssekretär:  
Schumpeter.“

„Das Staatsamt für Justiz beehrt sich unter Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Sitzung vom 9. September 1919) den Entwurf eines Gesetzes über die Parteienver-

tretung durch Frauen (399 der Beilagen) zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu übersenden.“

Wien, 16. September 1919.

Für den Staatssekretär:  
Durig.“

„Im Anschlusse beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge (401 der Beilagen) als Vorlage der Staatsregierung zur verfassungsmäßigen Behandlung in der Nationalversammlung zu übermitteln.“

Wien, 1. Oktober 1919.

Der Staatssekretär:  
Hanusch.“

„Das Staatsamt für Justiz beehrt sich mit Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Sitzung vom 26. September 1919) die Entwürfe eines Preßgesetzes (402 der Beilagen und zu 402 der Beilagen) und eines Journalistengesetzes (403 der Beilagen) zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu übersenden.“

Wien, 27. September 1919.

Bratusch.“

„Im Anschlusse beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag (404 der Beilagen) als Vorlage der Staatsregierung zur verfassungsmäßigen Behandlung in der Nationalversammlung zu übermitteln.“

Wien, 3. Oktober 1919.

Der Staatssekretär:  
Hanusch.“

„Die Staatskanzlei beehrt sich, dem Präsidium in der Anlage den Entwurf eines Gesetzes, womit die Staatsregierung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitze ermächtigt wird (406 der Beilagen), zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu übermitteln. Der Motivenbericht zu dieser Regierungsvorlage wird demnächst übermittelt werden.“

Wien, 7. Oktober 1919.

Dr. R. Renner.“

„Die Staatskanzlei beehrt sich, namens der Staatsregierung in der Anlage den am 10. September 1919 unterfertigten Staatsvertrag von Saint-Germain mit den alliierten und assoziierten Mächten samt drei Annexen (379 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Staatsvertrag im Sinne des § 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 139 (Verfassungsnovelle), der verfassungsmäßigen parlamentarischen Behandlung ehestmöglichst zuführen zu wollen.

Wien, 7. Oktober 1919.

Dr. K. Renner.“

„Die Staatskanzlei beehrt sich, dem Präsidium der Nationalversammlung in der Anlage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung der deutschösterreichischen Staats-erziehungsanstalten (407 der Beilagen), deren Einbringung in der Nationalversammlung der Kabinettsrat beschlossen hat, samt Begründung mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese Vorlage der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 11. Oktober 1919.

Im Auftrage:  
Breisky.“

„Unter Berufung auf den Beschluß des Kabinettsrates vom 30. September l. J. beehre ich mich dem Präsidium drei Exemplare des Gesetzentwurfes, womit das Gesetz vom 3. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 345, über die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten abgeändert wird (408 der Beilagen), samt den erläuternden Bemerkungen mit dem Ersuchen zu übermitteln, die weitere Veranlassung wegen Vorlage des Gesetzentwurfes in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung zu treffen.

Wien, 10. Oktober 1919.

Der Staatssekretär:  
Dr. Loewenfeld-Ruß.“

„Das Staatsamt für Finanzen beehrt sich in der Anlage den Entwurf eines Gesetzes über die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des mit dem niederösterreichischen Landesgesetz vom 16. Juli 1919, L. G. Bl. Nr. 280, bewilligten Anlehens auszugebenden Schatzscheine zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien

Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (409 der Beilagen) in zweifacher Ausfertigung mit dem Ersuchen zu übermitteln, dasselbe der parlamentarischen Behandlung zuführen zu wollen.

Bemerkt wird, daß der Kabinettsrat in der Sitzung vom 19. September 1919 seine Zustimmung zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes erteilt hat.

Die Stadtgemeinde Wien hat unter Hinweis auf die äußerste Dringlichkeit der Angelegenheit ersucht, daß der Gesetzentwurf bereits in einer der allernächsten Sitzungen der Nationalversammlung behandelt werde.

Wien, 11. Oktober 1919.

Für den Staatssekretär:  
Zwierzina.“

„Die Staatskanzlei beehrt sich, dem Präsidium in der Anlage den Entwurf eines Gesetzes über die Staatsform (410 der Beilagen) sowie die „Erläuternden Bemerkungen“ hierzu mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese Regierungsvorlage der parlamentarischen Behandlung ehestmöglichst zuführen zu wollen.

Wien, 15. Oktober 1919.

Dr. K. Renner.“

**Präsident:** Diese Vorlagen werde ich wie folgt zuweisen:

Das Gesetz über die Aufhebung der Steuerbegünstigung für Alkohol zur Herstellung von Heilmitteln;

das Gesetz, betreffend Gebührenbegünstigungen aus Anlaß der Aufhebung und Ablösung der Jagdrechte auf fremden Grund und Boden;

das Gesetz, betreffend die Ermächtigung zur Verpfändung, Veräußerung und Ausfuhr einzelner Gegenstände aus staatlichem Besitz;

das Gesetz über die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auszugebenden Schatzscheine zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien

dem Finanz- und Budgetausschusse;

das Sachabrüstungsenteignungsgesetz dem Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten;

das Gesetz über die Parteienvertretung der Frauen dem Justizauschusse;

das Gesetz über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge;

das Gesetz über den achttündigen Arbeitstag dem Ausschuss für soziale Verwaltung;

das Gesetz, betreffend die Errichtung der deutschösterreichischen Erziehungsanstalten, dem Ausschuss für Erziehung und Unterricht;

das Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten, dem Ernährungsausschuss;

das Gesetz über die Staatsform dem Verfassungsausschuss.

Bezüglich des Staatsvertrages von St. Germain hat der Hauptausschuss beschlossen, dem Hause die Wahl eines besonderen Ausschusses von 21 Mitgliedern vorzuschlagen, welchem diese Regierungsvorlage zuzuweisen wäre. Das gilt als ein Antrag.

Ich ersuche diejenigen Abgeordneten, welche diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das hohe Haus hat der Einsetzung dieses Ausschusses zugestimmt und ich werde die Wahl am Schlusse der heutigen Sitzung durchführen. Die bezeichnete Regierungsvorlage weise ich dann diesem neuen Ausschuss zu.

Bezüglich der Zuweisung des Preßgesetzes und des Journalistengesetzes hat sich der Herr Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Forstner:** Im Sinne des § 35 der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag, die beiden Regierungsvorlagen, betreffend das Preßgesetz und das Journalistengesetz, einer ersten Lesung zu unterziehen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Forstner beantragt, diese beiden Gesekentwürfe einer ersten Lesung zu unterziehen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag ist angenommen und ich werde diese Gegenstände auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Wir kämen nunmehr zur Tagesordnung. Ich werde jedoch mit Zustimmung des Hauptausschusses wegen Behebung gewisser stilistischer Mängel in dem Gesetze, betreffend die Exportakademie, diesen Gegenstand an den Ausschuss für Erziehung und Unterricht zurückverweisen. Es wurden nämlich Bedenken gegen die staatsrechtliche Fassung geäußert, die sich in der Richtung der

Kompetenz bewegen und zu gewissen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Kompetenz zwischen den Landtagen und der Nationalversammlung führen können. Wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, so wird der Gegenstand an den Ausschuss rückverwiesen. (*Nach einer Pause:*) Es wird eine Einwendung nicht erhoben. Der Unterrichts- und Erziehungsausschuss wird ersucht, ehestens dem Hause einen neuerlichen Bericht zu überreichen.

Ich schreite zum Schlusse der Sitzung, werde aber vorher noch die Wahl des Ausschusses zur Beratung des Friedensvertrages vornehmen und gleichzeitig zwei Ersatzwahlen in den Finanz- und Budget- und Verfassungsausschuss durchführen. Ich ersuche, die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel:*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen.

Ich werde das Skrutinium sofort vornehmen lassen und das Resultat sodann bekanntgeben.

Es handelt sich auch darum, festzustellen, wann dieser 21gliedrige Ausschuss konstituiert werden soll. Er soll nämlich seine Arbeiten sofort beginnen. Wenn es dem hohen Hause genehm ist, so würde ich die konstituierende Sitzung dieses Ausschusses sofort nach Schluß der Hausitzung einberufen. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Nachdem dies nicht der Fall ist, so bitte ich diejenigen Mitglieder, die in den 21gliedrigen Ausschuss gewählt werden, sich unmittelbar nach Schluß der Hausitzung im Kommissionszimmer XVII zu versammeln.

Ich werde zuweisen:

dem Ernährungsausschuss:

den Antrag der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger, Buchinger und Genossen, betreffend Rechnungslegung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt (*391 der Beilagen*), und

den Antrag der Abgeordneten Buchinger, Eisenhut, Parrer, Grim, Höchtl, Derich, Diwald und Genossen, betreffend die Erhöhung der Getreidepreise der heutigen Ernte (*394 der Beilagen*);

dem Finanz- und Budgetausschuss:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Ignaz Seipel, Dr. Michael Mahr, Dr. Anton Maier, Paulitsch, Steinegger und Genossen, betreffend die Neubemessung der Ruhegehälter der in den Monaten Dezember 1918, Jänner und Februar 1919 zwangsweise pensionierten Zivilstaatsbediensteten gemäß dem Gesetze vom 30. Juli 1919, R. G. Bl. Nr. 411 (*385 der Beilagen*);

den Antrag der Abgeordneten Fischer, Dr. Anton Maier, Steinegger und Genossen, betreffend die Ernennung von Vollstreckungsorganen im Justizdienste zu Beamten (*386 der Beilagen*);



den Antrag der Abgeordneten Thanner und Genossen, betreffend die Wiedereinführung des steuerfreien Branntweinbrennens für den Hausbedarf aus dem frei verfügbaren Hintergetreide (388 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Steinegger, Fischer, Paulitsch, Dr. Ligner, Dr. Ramek, Dr. Schneider und Genossen, betreffend sofortige Auszahlung des Anschaffungsbeitrages für das bereits abgelaufene Vierteljahr und des außerordentlichen Anschaffungsbeitrages, wie er den aktiven Staatsangestellten ausbezahlt wurde, an alle Pensionisten und Provisionisten der staatlichen Ämter und Betriebe (390 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger und Genossen, betreffend den Wiederaufbau zerstörter Ortschaften im Gailtale in Kärnten und die Flüssigmachung der hierzu notwendigen Mittel (392 der Beilagen) und

den Antrag der Abgeordneten Fischitz, Gürtler Johann, Dr. Ligner und Genossen, betreffend Pragmatifizierung der Gendarmerie (393 der Beilagen);

dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

den Antrag der Abgeordneten Alois Brandl und Genossen, betreffend die Not des Lebzelter- und Wachsziehergewerbes (387 der Beilagen);

dem Hauptausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Waber und Genossen, betreffend die Veröffentlichung der im Staatsamte des Äußern und in anderen Archiven erliegenden Dokumente, Noten und Protokolle, betreffend die Kriegserklärung und den Kriegsausbruch (389 der Beilagen);

dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft:

den Antrag der Abgeordneten Weigl, Miklas, Diwald, Dr. Waiz, Rudolf Gruber und Genossen, betreffend Änderung des Weingesetzes hinsichtlich Zuckerzuweisung (384 der Beilagen);

dem Ausschusse für soziale Verwaltung:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Wagner, Eisenhut, Grim, Dersch, Weiß und Genossen, betreffend die Altersversorgung der Landarbeiter (395 der Beilagen).

Das Skrutinium hat folgendes Resultat ergeben:

Bei der Wahl des Ausschusses zur Beratung des Friedensvertrages wurden 108 Stimmzettel abgegeben. Absolute Stimmenmehrheit 55. Gewählt erscheinen mit je 108 Stimmen:

Zu Mitgliedern die Herren Abgeordneten:

Abler,	Richter,
Ligner,	Schlesinger,
Buresch,	Schiegl,
Eisler,	Schürff,
Goldemund,	Spalowsky,
Gürtler Alfred,	Stoder,
Hafner,	Waber,
Haueis,	Wagner,
Hueber,	Weiskirchner,
Leuthner,	Witternigg;
Paulitsch,	

zu Ersatzmännern die Herren Abgeordneten:

Alina,	Abram,
Födermayr,	Weber,
Weigl,	Gröger,
Hözl,	Wutte,
Schönsteiner,	Fischitz,
Gimpl,	Schönbauer,
Hermann Hermann,	Pauly,
Mahr Michael,	Kollmann,
Proft,	Seipel,
Mühlberger,	Regner.
Scharfegger,	

Bei der Wahl in den Finanz- und Budget- und in den Verfassungsausschuß wurden 108 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit ist 55. Mit 108 Stimmen wurden gewählt:

in den Finanz- und Budgetausschuß als Mitglied: Fischer;

in den Verfassungsausschuß als Ersatzmann: Dr. Gürtler Alfred.

Wir kommen nunmehr zur Feststellung des Tages, der Stunde und der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Der Hauptausschuß schlägt Ihnen die nächste Sitzung für morgen, 4 Uhr nachmittags vor.

Was die Tagesordnung betrifft, so hoffen wir, daß der Finanzausschuß mit seinen Beratungen über die Vorlage, betreffend die Veröffentlichung von Kunstgegenständen, und der Verfassungsausschuß mit seinen Beratungen über einen Gesetzentwurf, betreffend das Staatsbürgerrecht, heute noch fertig werden.

Es würden dann diese beiden Gegenstände, die mit Rücksicht auf Fragen der auswärtigen Politik einer sehr dringlichen Behandlung bedürfen, unter der Voraussetzung, daß die Zweidrittelmehrheit auf die Vorlage eines schriftlichen Berichtes verzichtet wird, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gestellt werden können.

Ich schlage also als eventuelle Tagesordnung vor:

Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz, betreffend die Veräußerung von Kunstwerken.

Bericht des Verfassungsausschusses über das Staatsbürgerrecht.

Die Reihenfolge bleibt für morgen vorbehalten.

Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. So ist dieser Vorschlag genehmigt. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 12 Uhr 45 Minuten mittags.**